

Thema: Queere Geflüchtete schützen

Wie wollen sie die Verfahrens- und psychosoziale Beratung für LSBTIQ*-Geflüchtete stärken, diese vor Anfeindungen und Gewalt schützen, LSBTIQ*-geeignete Unterkünfte im großstädtischen Raum anbieten und das Personal in diesem Bereich sensibilisieren?

CDU

Im Gewaltschutzkonzept für Flüchtlingsunterkünfte des Landes (LGSK) ist die besondere Schutzbedürftigkeit der LSBTIQ* Personengruppe durchgängig implementiert. Auf einem vom Land geförderten Fachtag zum Thema „LSBTIQ* Geflüchtete und Gewaltprävention“ der Rosa Strippe in Bochum wurden insbesondere Mitarbeitende aus Beratungs- und Flüchtlings-einrichtungen für die Belange dieser schutzbedürftigen Personengruppe sensibilisiert. Unterstützungs- und Kontaktmöglichkeiten für LSBTIQ*-Geflüchtete bieten wir ebenfalls auf der Website des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW an.

SPD

Wir wissen, dass die europäischen Anrainerstaaten keine sicheren Orte für LSBTIQ*-Personen sind, deshalb wollen wir sie vorrangig aufnehmen. Wir wissen, dass sie einer mehrfachen Gefährdung in der Ukraine ausgesetzt sind und medizinische Versorgung für Transpersonen und HIV-Infizierte nicht mehr gewährleistet ist. Wir wollen den Geflüchteten einen sicheren Ort bieten und dafür sorgen, dass sie in sichere Unterkünfte kommen und Beratungsangebote erhalten.

Bündnis 90 / Die Grünen

Wir leben in einem funktionierenden Rechtsstaat, dessen Aufgabe es ist, die Rechte seiner Bürger*innen zu schützen. Was für uns so selbstverständlich klingt, ist es für viele Journalist*innen, Abgeordnete, Wissenschaftler*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen, Frauen, LSBTIQ*, Menschen mit Behinderung, Angehörige von Minderheiten in vielen Ländern dieser Erde nicht. Sie werden von Unrechtsregimen als Regimegegnerinnen und -gegner angesehen und wegen ihrer Arbeit oder lediglich aufgrund ihres Glaubens, ihres Aussehens oder ihrer Orientierung im eigenen Staat unterdrückt, bekämpft, verfolgt.

Wir wollen diesen Menschen in NRW einen sicheren Hafen bieten, in dem sie ihre Arbeit fortsetzen können und vor Repressalien geschützt sind.

Wir brauchen klare Maßstäbe für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten hier in NRW. Die individuellen Bedürfnisse, Wünsche und Möglichkeiten von Kindern, Familien oder chronisch Kranken müssen wir dabei stets im Blick behalten. Lange Aufenthaltszeiten in Landesunterkünften lehnen wir ab. Das Konzept von Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) halten wir für gescheitert. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir weg von übergroßen und isolierten Einrichtungen und hin zu dezentralen und kleineren Wohneinheiten

LSVD #QueerCheck zur Landtagswahl NRW 2022

mit genügend persönlichen Rückzugsorten. Denn gerade zu Beginn brauchen Menschen mit einer Fluchtgeschichte Ruhe und Privatsphäre in geschützten Räumen, wo sie ankommen und sich sicher fühlen können. Wir schaffen Schutzräume für Frauen, Kinder und queere Geflüchtete.

FDP

Wir schaffen Wertevermittlung und Sprachförderung bei Geflüchteten von Anfang an. In den Landesunterkünften haben wir ein schulnahes Angebot auf den Weg gebracht, welches wir in allen Einrichtungen zum Standard weiterentwickeln. Darüber hinaus setzen wir uns für einen Erhalt und die Stärkung queerer Flüchtlingsarbeit ein, um jenen Geflüchteten sichere Schutzräume in Nordrhein-Westfalen zu bieten.

Es ist eine humanitäre Verpflichtung, geflüchteten LSBTIQ* Schutz zu bieten, insbesondere diejenigen die in ihren Heimatstaaten aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität verfolgt wurden. Sie benötigen spezielle Beratung, Unterstützung und Schutz.

Kommunen sollen sich bei der Erarbeitung eigener Schutzkonzepte in den kommunalen Aufnahmeeinrichtungen an den verbindlichen Leitlinien des Landesgewaltschutzkonzepts zum Schutz von LSBTIQ* orientieren. Beim Belegungsmanagement wird zudem ausdrücklich auf die Belange schutzbedürftiger Personen geachtet.

Das Land bietet den Geflüchteten bereits über die allgemeine soziale Beratung sowie über Beratungsstellen psychosoziale Beratung für LSBTIQ*-Geflüchtete sowie unabhängige Asylverfahrens-, Ausreise- und Perspektivberatung an. Wir wollen darüber hinaus die Selbsthilfestrukturen für LSBTIQ*-Geflüchtete stärken sowie über die Landesfachstelle #MehrAlsQueer die Etablierung von nachhaltiger und fokussierter Beratungs-, Sensibilisierungs- und Vernetzungsarbeit an der Schnittstelle LSBTIQ* und Migration/Integration unterstützen.

AfD

Unser Rechtsstaat muss alle Bürger, aber auch Gäste, Asylsuchende, etc. vor Gewalt schützen. Allerdings lehnen wir eine besondere Privilegierung einzelner Gruppen ab. Besonders bedenklich finden wir die Vorstellung, Sonderunterkünfte für Personen mit bestimmter sexueller Orientierung zu schaffen. Falls diese in den regulären Unterkünften nicht sicher sind, muss man sich vielmehr fragen, woran das liegt und ob wir unsere Asylpolitik nicht grundsätzlich überdenken müssen.

Die Linke

Wir wollen queere Geflüchtete absichern und stärken. Queeren Menschen, die verfolgt werden, muss uneingeschränkt Asyl bzw. Schutz gewährt werden. Wir wollen keine Abschiebungen – auch nicht in sogenannte sichere Herkunftsländer – und kämpfen mit Flüchtlings- und queeren Initiativen gegen Abschottung und repressive Gesetze. Wir wollen flächendeckend Fachstellen für LSBTIQA*-Geflüchtete einrichten und (Peer-to-peer) Möglichkeiten der interkulturellen, inklusiven und ggf. psychologisch stabilisierenden Beratung auf Augenhöhe ausbauen. DIE LINKE fordert zudem die dezentrale Unterbringung von queeren Geflüchteten (wie insgesamt von geflüchteten Menschen), den kostenlosen und zeitgemäßen Zugang zum Internet, Recht auf barrierefreie, gesundheitliche Versorgung unabhängig vom Aufenthaltsstatus und den Ausbau spezifischer Vernetzungs- und Hilfsangebote für queere Geflüchtete.

LSVD #QueerCheck zur Landtagswahl NRW 2022

Die Verfahrens- und Psychosoziale Beratung muss in ganz NRW, insbesondere im ländlichen auskömmlich finanziert und ausgebaut werden. Mitarbeiter*innen müssen zu queeren Themen sensibilisiert und geschult werden.

Die Piraten

Wir PIRATEN fordern, dass Geschlechts- und Sexuelle Identität als Fluchtgründe anerkannt werden. Ein Verhalten oder Aussehen, welches die Klischees nicht erfüllt, ist kein Abschiebegrund.

Wir setzen uns ein für einen umfassenden Schutz LGBTQI-Geflüchtete.

Wir streben an, Aufnahmeeinrichtungen zu schaffen die speziell für diese Gruppen geeignet sind.

Wir wollen gesonderte Unterkünfte und besondere Betreuung für Menschen die Opfer von sexualisierter Gewalt geworden sind.

Wir wollen, dass in den Unterkünften nur noch Menschen eingesetzt werden, die für diese sensiblen Aufgaben qualifiziert sind. Dazu kommen regelmäßige Fortbildungen und Schulungen. Sollte ein Vertragspartner nachgewiesenermaßen gegen diese Regeln verstoßen, muss das Vertragsverhältnis umgehend beendet werden.

Alle weiteren Antworten auf die LSVD-Wahlprüfsteine und die Auswertung des #QueerChecks:
www.nrw.lsvd.de/landtagswahl-2022/